

154/I

K. N. V.

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Dinghofer, Dr. Straffner und Genossen an den Herrn Staatssekretär für Verkehrswesen, betreffend die gewalttätige Entfernung nichtsozialdemokratischer Bediensteter aus den Staatsbahnbetrieben.

Der Schlosser Anton Elsbacher und dessen Bruder Adolf Elsbacher der Staatsbahnheizhausbeziehungsweise Werkstättenleitung Willach wurden auf Verlangen der sozialdemokratischen Gewerkschaft des Dienstes enthoben, beziehungsweise beurlaubt, weil sie aus der sozialdemokratischen Gewerkschaft austraten. Die sozialdemokratischen Vertrauensmänner selbst erklärten, daß dies ein Akt ausgesprochenen Terrorismus sei, daß sie aber aus Parteirücksichten auf der Entlassung, beziehungsweise Beurlaubung bestehen müßten.

Am 3. Oktober wurde der Staatsbahnrat Ingenieur Alois Höß, Abteilungsleiter der Staatsbahnwagenmontierung in Knittelfeld, über Beschluß der sozialdemokratisch organisierten Arbeiterschaft gewalttätig seines Dienstpostens enthoben, weil er außer Dienst eine der sozialdemokratischen Politik entgegengesetzte betreibe. In dienstlicher Beziehung konnte weder den Brüdern Elsbacher noch dem Staatsbahnrate Ingenieur Höß irgendein Vergehen oder eine Nachlässigkeit nachgewiesen werden, außer es würde die Nichtzugehörigkeit eines Bediensteten zur sozialdemokratischen Gewerkschaft als dienstliches Vergehen oder als Nachlässigkeit im Dienste gewertet werden.

Die Gefertigten stellen daher an den Herrn Staatssekretär für Verkehrswesen die Anfragen:

„1. Ist dem Herrn Staatssekretär bekannt, daß nicht sozialdemokratisch organi-

sierte Eisenbahnbedienstete durch die Staatsbahndirektion Willach trotz klagloser Dienstleistung vom Dienste enthoben, beziehungsweise beurlaubt wurden, weil die sozialdemokratisch organisierten Eisenbahner nur ihrer Gewerkschaft angehörige Bedienstete und Arbeiter dulden und aus Parteiprestige eher in den Streit treten, als daß sie nicht ihrer Gewerkschaft Angehörige im Dienste belassen?

2. Was gedenkt der Herr Staatssekretär zu tun, um allen Bediensteten das in einem demokratischen Staate doch selbstverständliche Recht der freien Meinungsäußerung in politischen Dingen zu sichern und die sozialdemokratischen Übergriffe hintanzuhalten?

3. Ist der Herr Staatssekretär bereit, die Brüder Elsbacher und den Staatsbahnrat Ingenieur Höß sofort wieder auf ihren alten Posten in den Dienst zu stellen und ihnen alle etwaigen materiellen Nachteile, die sie durch die Enthebung erlitten haben, zu vergüten?“

Wien, 15. Oktober 1919.

Paulj.
Dr. Angerer.

Schöchtner.
Müller-Guttenbrunn.

Schürff.
Wedra.

Dr. Dinghofer.
Dr. Straffner.
Grahamer.